

# Blaue Post

NR. 13

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



## Glück Auf

### Herzlich willkommen Dr. Rolf Weigand

Das gab es seit der friedlichen Revolution und der damit einhergehenden Neu-Gründung des Sächsischen Landtages noch nie: Die Vereidigung eines Abgeordneten im Parlament in traditioneller Bergmannsuniform. Ende Januar wurde Dr. Rolf Weigand aus Mittelsachsen als neues Fraktionsmitglied der AfD-Fraktion so vereidigt.

Er folgt Detlev Spangenberg, der als Bundstagsabgeordneter nach Berlin gegangen ist. Dr. Weigand trug bei seiner Ernennung einen traditionell erzgebirgischen Bergkittel – so die korrekte Bezeichnung für das Kleidungsstück. Dr. Weigand: „Das Bekenntnis zu meiner Heimat und der hunderte Jahre alten Bergbau-Tradition ist mir sehr wichtig. Das wollte ich auch vor dem Landtag deutlich machen“. Mehrere Zeitungen (u.a. die Freie Presse) berichteten überraschend positiv darüber.

Der promovierte Ingenieur stammt aus Großschirma bei Freiberg und arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Bergakademie, an der er auch seine Doktorarbeit verfasste. Zudem ist er Geschäftsführer eines Unternehmens, das aus der TU ausgegründet wurde. Dr. Weigand ist 33 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder.



Auf seine neue Aufgabe im Landtag angesprochen meinte er: „Ich freue mich sehr auf die neuen Herausforderungen meiner politischen Arbeit. Dabei werde ich mich vor allem der Familien- und Kinderpolitik sowie der Förderung von Wissenschaft und Bildung widmen.“ Nunmehr übernahm der Politiker auch die Sprecherrollen für Wissenschaft, Hochschule und Sport innerhalb der AfD-Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Jörg Urban: „Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und einen fachlich kompetenten, kollegialen Neuzugang in unserer Fraktion.“



von  
Andreas-Albrecht **Harlaß**  
Pressesprecher



## Blauer Brief

von  
Andreas-Albrecht **Harlaß**  
Pressesprecher

## Politisch-kultureller Leerlauf am Beispiel der Altparteien

Masseneinwanderung, anschwellende Kriminalität als Mitbringsel, sinkende, autochthone Geburtenzahlen, Niveauverlust in Medien, Bildung und Gesellschaft – der rasante Niedergang in vergleichsweise wenigen Jahren ist sicht-, spür- und greifbar.

Er geht einher mit zunehmendem, politisch-medial verordnetem Selbsthass auf kulturell, ideell und individuell geschaffene Errungenschaften. In schwindelerregendem Tempo erlöschen Tradition, Bildung, Ästhetik, Humanismus, Reinheit, Glaube und Natur. Der Eindruck, die Schleusen wurden von selbsternannten Polit-Eliten geöffnet, um zu verderben, täuscht nicht. An Stelle des Guten und Edlen treten Egalität und Liberalextremismus.

Der katastrophale Zustand unserer heutigen Gesellschaft wurzelt in einer inzwischen etwa 100 Jahre alten Idee: Dem Kulturmarxismus, erdacht von Ideologen der Frankfurter Schule. Beinahe alles wurde dem finanziellen Opferstock übergeben. Als gut und schön gilt nun, was Gewinn maximiert. Den Führungsriegen der Altparteien geht es vordergründig und offensichtlich um Reichtum für alle. Nicht um Reichtum an Wissen, Kultur und Geist, sondern um Reichtum an Tinnel.

Das „Land, in dem wir gut und gerne leben,“ wird an der „schwarzen Null“ und an bereinigten Arbeitsmarktstatistiken gemessen. Politisch-kultureller Leerlauf mit einhergehender Verdummung wird gepriesen als Fortschritt. Gleichheit statt Freiheit. Tröstlich indes ist der Gedanke, dass aus allem Fauligen immer auch Neues erwächst.



## Deutsche Opfer nicht vergessen

Ende Januar nahmen die Mitglieder der AfD-Fraktion gemeinsam mit Vertretern des Sächsischen Landtages an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im früheren KZ Theresienstadt teil. Auf der Heimfahrt gedachten Abgeordnete der AfD-Fraktion in Bad Schandau der sudetendeutschen Opfer durch Vertreibung aus Böhmen und Mähren. „Das Gedenken an die Opfer von Gewalt und Zerstörung im zweiten Weltkrieg ist uns sehr wichtig. Die Greuelthaten an der deutschen Zivilbevölkerung zu Ende des Krieges und darüber hinaus geraten in der Öffentlichkeit immer mehr in Vergessenheit. Daher war es folgerichtig, dass wir mit der Kranzniederlegung in Bad Schandau auch der



Demonstration in Bad Schandau

## Sächsische Schulen in der Krise

Berichte über Schulprobleme haben in Sachsen Konjunktur. Die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund, die sprachlich gefördert werden müssen, nimmt stetig zu. Es fehlen weiterhin und vor allem auch im ländlichen Raum Lehrer. Trotz Seiteneinsteigern werden nach den Winterferien Dutzende Stellen unbesetzt bleiben. Glaubt man der CDU, naht die Rettung durch die Verbeamtung zumindest der jüngeren Lehrerschaft. Dies würde, wenn überhaupt, aber erst in den nächsten Jahren greifen und dem Freistaat und damit auch dem Steuerzahler auf lange Zeit hohe finanzielle Belastungen auferlegen. Eine akute Entlastung an den Regelschulen ist so nicht zu erreichen, denn der Pool verfügbarer Lehrer und qualifizierter Seiteneinsteiger ist er-

deutschen Opfer gedacht. Wir vergessen die deutschen Opfer nicht. Es gibt keine Opfer zweiter Klasse“ sagt André Barth, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Im Juli 1945 fand in Aussig eines der größten Massaker an deutschen Zivilisten statt. Die in die Elbe geworfenen Toten wurden auch in Bad Schandau angeschwemmt. Durch die Gedenkveranstaltung hatten die Nachkommen der Vertriebenen die Möglichkeit, würdevoll ihren Familienangehörigen und Opfern zu gedenken. In der DDR war dieses Thema tabuisiert. In der gesamtdeutschen Bevölkerung entschwindet das Leid der Heimatvertriebenen zunehmend der öffentlichen Wahrnehmung.



von  
André **Barth**  
MdB



Kranzniederlegung in Bad Schandau

schöpft, diese Lehrer sind einfach nicht da. Es sei denn, wir holen sie aus den Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder und Jugendliche wieder hinein in den Regelunterricht. Mit den 524 grundständig ausgebildeten Lehrern, die dort derzeit unterrichten, kann man die Lücken problemlos füllen. Genau das hatten wir im vergangenen Plenum bereits beantragt. Die Kinder und Jugendlichen mit keiner oder geringer Bleibeperspektive, die zeitnah in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, wollen wir nicht benachteiligen. Ein Unterricht durch Lehrer für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache ist optimal für Nichtmuttersprachler und unterstützt auf jeden Fall ihre Perspektiven in der Heimat.



von  
Karin **Wilke**  
MdB

## Israel zum Vorbild nehmen!

Die israelische Regierung plant Medienberichten zufolge schnellstmöglich 40.000 Flüchtlinge außer Landes zu bringen. Anfang 2018 wurden die zumeist Afrikaner aufgefordert, das Land innerhalb von drei Monaten freiwillig zu verlassen. Wer dies nicht wahrnimmt, muss mit Haft rechnen. „Die ‚dreistufige Politik‘ von Ministerpräsident Netanjahu - Bau eines Grenzzauns, Abschiebung von 20.000 ‚Eindringlingen‘ sowie die ‚intensivierte Abschiebung‘ - kann ich nur begrüßen. Das ist eine klare Ansage, die ich mir auch für Deutschland wünsche“, meint dazu Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. In erster Linie werden unverheiratete und kinderlose Männer aufgefordert, das Land bis Ende März freiwillig zu verlassen. Wer geht, bekommt eine zusätzliche Unterstützung von umgerechnet 2800 Euro und ein Flugticket.

Carsten Hütter meint weiterhin: „Seit Beginn des Asylchaos wird uns eingeredet, dass wir unsere Grenzen nicht schützen können. Milliarden Euro werden benötigt, um kulturfremde Asylbewerber zu versorgen. Hunderttausende ausreisepflichtige Wirtschaftsflüchtlinge werden nicht ab-



Symbolbild: Grenze Israel

geschoben, sondern erhalten jeden Monat Sozialleistungen vom brav arbeitenden Steuerzahler. Geltendes deutsches Recht wird gebrochen und täglich wird uns eingeredet, ‚Flüchtlinge seien eine Bereicherung‘. Immer mehr Bürger wollen diese ‚Bereicherung‘ nicht. Die CDU-SPD-Regierung sollte sich ein Beispiel an Israel nehmen und sich an den geleisteten Amteid erinnern.“ Nach israelischen Angaben sind bis zum Bau des Grenzzauns rund 60.000 Flüchtlinge aus Afrika nach Israel gekommen. 20.000 mussten das Land wie-

der verlassen. „Es ist das Recht des Staates Israel, seine Grenzen zu verteidigen und illegale Flüchtlinge abzuschieben“, begründete Netanjahu das Vorgehen.

Israels Ministerpräsident Netanjahu hatte bereits im 2017 angekündigt, die Flüchtlinge auszuweisen, dabei aber internationales Recht zu achten.



von  
Carsten **Hütter**

## Wir wollen ein kostenfreies Verkehrsticket für Schüler

Was die CDU-SPD-Regierung in den letzten 4 Jahren nicht geschafft hat, will man noch dieses Jahr umsetzen. Das sogenannte Bildungsticket für Schüler und Azubis soll sachsenweit auf den Weg gebracht werden. Nicht bekannt ist hingegen, wieviel das neue Ticket kosten soll und wann mit der Einführung zu rechnen ist. Wo bleibt aber der Schub für den sächsischen Nahverkehr? „Wer wirklich Mobilität in Sachsen will, muss neue Wege gehen, als nur einen verbilligten Fahrschein an Jugendliche zu verkaufen. Was als großer Erfolg vermarktet werden soll, ist in Wirklichkeit eine

Regierungsbaustelle seit 2014, worüber bereits im Koalitionsvertrag verhandelt wurde. Passiert ist seit dem nichts“, sagt Silke Grimm, die verkehrspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion. Ergänzend meint sie: „Die Regierung hat es in den letzten 4 Jahren nicht hinbekommen, kostengünstige Lösungen für Schüler und Azubis im öffentlichen Nahverkehr anzubieten. Begründet wird dies mit den möglichen Mindereinnahmen von 47 Millionen Euro der Verkehrsverbände. Das ist lachhaft. Jeder Bürger weiß, dass die CDU-SPD-Regierung hunderte Millionen Euro für Asylbewerber pro Jahr ausgibt. Dafür ist Geld da, aber für ein Bildungsticket braucht man mindestens 4 Jahre mit der Umsetzung! Das zeigt deutlich, welche Wertigkeit die eigenen Bürger erfahren.“

Der ländliche Raum muss gestärkt werden und darf nicht weiter zurückfallen.



Symbolbild: Bahnhof

Wir fordern ein kostenloses Schülerticket und ein ermäßigtes Ausbildungs- und Seniorenticket. Es gilt einerseits, Schülern und Azubis Mobilität im Nahverkehr jederzeit zu ermöglichen. Andererseits möchten wir Familien mit Kindern und Senioren finanziell entlasten. Die bessere Auslastung des öffentlichen Nahverkehrs ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz. Gleichzeitig bedeutet das auch eine Entlastung des Straßenverkehrs, was die Verkehrsdichte und die Wartungskosten für die Instandhaltung der Straßen senkt.



von  
Silke **Grimm**  
MdL

## AfD-Fraktion gratuliert sächsischen Olympioniken

Die Olympischen Winterspiele in Südkorea sind vorüber. Für die deutschen Sportler waren es die erfolgreichsten Winterspiele aller Zeiten, die 14 Mal Gold, 10 Mal Silber und 7 Mal Bronze gewannen. Darunter auch viele sächsische Medaillengewinner. Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, gratuliert zu diesen hervorragenden Ergebnissen und kommentiert:

„Viele Wettkämpfe der Olympischen Winterspiele habe ich am Fernseher mit Spannung verfolgt und bin von den Leistungen der deutschen Mannschaft begeistert. Gerade wir Sachsen haben am erfolgreichen Medaillenspiegel mitgewirkt und gezeigt, dass die jahrelange Sportförderung und die frühzeitige Talententdeckung der Grundstein für diesen Erfolg sind. Ich wünsche jetzt allen Teilnehmern erholsame Tage und freue mich schon auf die nächsten Spiele mit sächsischer Beteiligung.“



## Kampf um die Innere Sicherheit nicht aufgeben



Symbolbild: Innere Sicherheit in Gefahr

Der Verlust der Inneren Sicherheit in Sachsen wird immer deutlicher. In Städten wie Dresden, Leipzig und Chemnitz entwickeln sich verstärkt Kriminalitätsschwerpunkte. Beispielhaft sei hier der Bereich am Dresdener Hauptbahnhof genannt. Der Wiener Platz ist fest im Griff von kriminellen Asylbewerbern, die dort offen mit Drogen handeln und Passanten belästigen.

So ergab eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drs. 6/12188), dass die Dresdner Polizei ihre Einsatzmaßnahmen auch an andere Schwerpunkte verlagern muss und eine permanente Präsenz nicht vorgesehen ist. Das ist ein Ergebnis der kaputt gesparten sächsischen Polizei. Zu verantworten hat dies die CDU-Regierung. Auch in Leipzig hat sich die Situation verschärft. Hier patrouillieren seit Ende 2017 bewaffnete Polizisten in den Bahnen und Bussen und sollen unter anderem mit Bahnmitarbeitern die Ticketkontrollen absichern. Mitarbeiter der Leipziger Oper fühlen sich mehr und mehr von der immer aggressiver auftretenden Drogenszene im Umfeld des Schwanenteichs bedroht. Wegen Schlägereien und Tumulten gab es massive Probleme auf dem letzten Chemnitzer Stadtfest. Diese Einzelbeispiele sind ein verheerendes Signal für die Innere Sicherheit in Sachsen.

Das schwindende Sicherheitsgefühl zeigt sich auch deutlich bei der Zunahme der kleinen Waffenscheine. Ende 2017 haben in ganz Sachsen insgesamt 17.200 Genehmigungen für Kleine Waffenscheine vorgelegen. Über 28.000 Sachsen ist es erlaubt, offiziell eine Waffe zu besitzen und zu tragen. Die Anzahl der Schusswaffen wird weiter ansteigen, weil auch die Anzahl der Berechtigten zunimmt.

Hier ist die CDU-Regierung gefordert, denn sie hat durch die 'Polizeireform 2020' hunderte Stellen gestrichen und zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen. Gerade mit Blick auf die unkontrollierte Masseneinwanderung und all ihre Problemen fordern wir die konsequente Abschiebung von kriminellen und abgelehnten Asylbewerbern. Die CDU-Regierung unter Kretschmer wird sich daran messen lassen müssen, ob sie weiter die Merkel-Politik 'Wir schaffen das' betreibt oder zum Wohle der Bürger agiert.



von  
Jörg **Urban**  
MdL

# Sozialmissbrauch

## endlich stoppen

Im Gespräch mit André Wendt, sozialpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag:

**Herr Wendt, immer wieder berichten Medien, dass Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge hohe Summen an Sozialleistungen erhalten. Wie kann sowas passieren?**

Asylbewerber haben nach 15 Monaten automatisch Anspruch auf Sozialhilfe, egal wie lange das Asylverfahren dauert. Dies gilt übrigens auch für abgelehnte Asylbewerber. Damit erhöhen sich die staatlichen Leistungen für diesen Personenkreis und das kostet den Steuerzahler dann zum Beispiel - wie die „BILD“-Zeitung im Falle einer zehnköpfigen Familie berichtete - ca. 7300 EURO pro Monat.

**Wie ist dies zu rechtfertigen?**

Überhaupt nicht. Bei diesem Beispiel wird hoffentlich dem letzten Bürger klar, wie er von der CDU-SPD-Regierung hinter das Licht geführt wird. Wenn jetzt CDU-Politiker über diesen aktuellen Fall klagen, dann zeigt das die ganze Verlogenheit der CDU-Truppe.

**Wer trägt für diesen Missbrauch die Verantwortung?**

Verantwortlich ist einzig und allein die CDU-SPD-Regierung, die den Zuzug von hunderttausenden Wirtschaftsmigranten ermöglicht hat, welche jetzt mit Steuergeld alimentiert werden müssen - das ist einfach nicht mehr hinnehmbar. Millionen Rentner, die dieses Land aufgebaut haben, erhalten für ihre Lebensleistung eine mickrige Rente, von der sie kaum leben können, während riesige Sozialleistungen an Fremde verteilt werden. Das ist zudem ein Schlag ins Gesicht eines jeden Arbeiters, der jeden Cent dreimal umdrehen und im Härtefall seine Bedürftigkeit unter Angabe aller persönlichen Daten offenbaren muss.

**Von wie vielen Personen ist hier die Rede?**

Ende 2017 waren im behördlichen Ausländerzentralregister (AZR) knapp 229.000 Ausreisepflichtige registriert. Dazu kommen etwa 618.000 abgelehnte Asylbewerber, die ebenfalls von staatlichen Leistungen leben. Alleine in Sachsen gibt es 10.000 Ausreisepflichtige, die nicht abgeschoben werden.

**Welche Lösungen schlagen Sie vor?**

Dieser Irrsinn muss gestoppt werden. Für das gesamte Asylverfahren muss das Asylbewerberleistungsgesetz gelten. Bei abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerbern müssen finanzielle Leistungen eingeschränkt bzw. auf das Sachleistungsprinzip umgestellt werden. Abschiebungen sind nach Erhalt des Ablehnungsbescheides schnellstens zu vollziehen. Gleichzeitig muss das Klagerecht geändert werden, um die Gerichte und den gesamten Staat zu entlasten.

**Vielen Dank für das Gespräch.**



André Wendt, MdL

## Mit Fraktionsarbeit den „Ländlichen Raum“ stärken

Während die Landtagsabgeordneten Jörg Urban und Carsten Hütter sich am 8. Februar auf der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort – Bürgergespräch zur Landespolitik“ den Fragen der Bürger in Chemnitz stellten, war André Barth Gast bei einer Fraktionsveranstaltung in Neustadt / Sachsen. Zusammen mit Lothar Hoffmann hielt der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion einen Vortrag zum Thema „Ländlicher Raum“. Er erläuterte, warum dies für die AfD-Fraktionsarbeit ein wichtiges Schwerpunktthema ist. Die rund 40 Gäste diskutieren über die Herausforderungen im ländlichen Raum, wie z.B. Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger Überalterung, Bedarf an medizinischer Infrastruktur, miserable Sicherheitslage im Grenzgebiet, Fachkräftemangel und ÖPNV-Anbindung. Über die vorgestellten Lösungsansätze der AfD-Fraktion wurde debattiert. Besondere Beachtung fand die Landarztquote im Medizinstudium, die Verdoppelung der Sächsischen Sicherheitswacht und die Möglichkeit zum Aufstellen von Bürgerstreifen. Die meiste Anerkennung fand der Vorschlag, den Kommunen 250 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Und zwar nicht nach der Einwohnerzahl, sondern anhand der Gebietsfläche. In der sich anschließenden Diskussion u. a. um die Frage, ob Neustadt / Sachsen langfristig zu einem Mittelzentrum aufgewertet werden sollte, konnte André Barth durch seine Tätigkeit als Kreistagsmitglied und den daraus gewonnen Einblicken mit Orts- und Sachkenntnis zufriedenstellende Antworten geben.



André Barth, MdL beim Vortrag in Neustadt/Sa.

## Asylbewerber können Vermögen behalten

Deutsche Hartz IV Bezieher nicht



Sebastian Wippel, MdB

Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, stellte die Kleine Anfrage (Drs. 6/11595) mit dem Titel „Sicherheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“.

### Herr Wippel, welche Antwort bekommen Sie?

Die Antwort von Innenminister Wöllner auf meine Frage nach dem Vermögen von Asylbewerbern ist ein Offenbarungseid. Er musste jetzt zugeben, dass die Regierung nicht weiß, wie viele Asylbewerber überhaupt eine Erklärung zu ihrem Vermögen und Einkommen abgegeben haben. Es finden zudem auch keine Durchsuchungen zur Feststellung dessen statt.

### Was heißt das im Klartext?

Wir laden damit alle Asylbewerber, die über Geld aus welchen Quellen auch immer verfügen, regelrecht dazu ein, Sozialleistungsbetrug zu begehen. Eigentlich wären sie dazu verpflichtet, ihr Vermögen abzugeben, aber wenn's keiner kontrolliert, hat auch niemand eine Beschlagnahme zu befürchten. Noch krasser ist, dass viele Asylbewerber, die vielleicht sogar Einkünfte erzielen, dem Staat Kosten aufhalsen

können, die ein normaler Deutscher aus eigener Tasche bezahlen muss.

### Kennen Sie persönlich Beispiele?

Ja. Mir sind Fälle bekannt, wo Asylbewerber z.B. die Werkstattkosten für ihren Pkw abgenommen wurden. Hakt man dann beim Landkreis und Freistaat nach, wird regelmäßig die Auskunft verweigert.

### Wie muss sich ein deutscher Steuerzahler fühlen, der die ganzen Sozialleistungen finanziert?

Ich halte dies alles für einen riesigen Skandal. Deutsche Hartz-IV-Bezieher werden zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, indem sie jegliches Vermögen offenlegen müssen. Die CDU-geführte Staatsregierung muss endlich sicherstellen, dass keine wohlhabenden Asylbewerber z.B. aus Syrien unsere Sozialsysteme missbrauchen.

### Haben Sie einen Vorschlag?

Um dies sicherzustellen, müssen lückenlos alle Asylbewerber eine Erklärung zu ihrem Vermögen abgeben. Außerdem muss schnellstmöglich nach der Einreise überprüft werden, ob sie womöglich Gelder verbergen.

## Turmbau zu Babel – 21. Runde

Am 25. Mai tritt der 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft, der die neue EU-Datenschutzgrundverordnung umsetzt. Außerdem erneuert er das sogenannte Medienprivileg zur Verarbeitung personenbezogener Daten auch ohne Einwilligung des Betroffenen. Angeblich soll dies die Sicherung der Pressefreiheit gewährleisten und Ausforschung und staatliche Einflussnahme auf die Massenmedien verhindern. Am 26. Februar wurden Sachverständige im Sächsischen Landtag dazu öffentlich angehört. Allerdings hat Sachsen wie auch die anderen Länder keine Einflussmöglichkeit, wir dürfen nur abnicken. Noch in diesem Jahr sollen der 22. und möglichst auch gleich der 23., der neue große Telemedien-Staatsvertrag, verabschiedet werden, an dem die Öffentlich-Rechtlichen längst intensiv basteln.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag setzt sich aber für eine grundlegende Reform der Medienordnung in Deutschland ein. ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen der heutigen Zeit angepasst und zu einem staatsfernen, frei finanzierten, bürgernahen Rundfunk umgestaltet werden. Denn ohne freie Medien gibt es keine freie Meinungsbildung und keine Demokratie. Und das sagt nicht nur die AfD, sondern das Verfassungsgericht. Weshalb es dann einen Zwangsbeitrag nur für die öffentlich-rechtlichen Medienkonzerne gibt? Das fragen wir uns auch.



Karin Wilke, MdB

Der Grund liegt in der Vergangenheit, als es noch nicht genügend Frequenzen gab. Das hat sich aber grundlegend geändert.

Fortsetzung auf Seite 7

Heute haben wir unendlich viele Kanäle für eine Vielfalt von Empfangsgeräten. Die digitale Revolution eröffnet praktisch jedem die Chance, nicht nur Empfänger zu sein, sondern auch zum Sender zu werden. Also gibt es keinen Grund mehr für ein Sonderrecht, das nur die Staatsmedien privilegiert.

Im Gegenteil. Es ist höchste Zeit für ein einheitliches, demokratisches Medienrecht nach dem Muster der Pressefreiheit. Das zwingt ja auch niemanden für etwas zu bezahlen, das er nicht bestellt oder verlangt hat. In diesem Sinne stärken wir mit der Abschaffung des Rundfunkzwangsbeitrags nicht nur die Entscheidungsfreiheit der Bürger, sondern vor allem die Demokratie. In Zukunft entscheidet jeder Bürger selbst, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und dafür bezahlen will. Dieses Angebot wird künftig nur auf Abruf verschlüsselt bzw. passwortgeschützt zu empfangen sein. Nur wer das Programm nutzt, soll auch bezahlen. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert einen fairen und gerechten Wettbewerb zwischen allen Medien und Angeboten (GG Art. 5) ohne Zwangsgebühren und ohne von Parteien gelenkte Aufsichtsgremien.

Fortsetzung folgt.



von  
Karin **Wilke**  
MdB



Neuer Themenflyer der AfD-Fraktion auf unserer Webseite

## Die Öko-Strom-Abzocke geht weiter

Im Januar 2018 haben die Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Rekordeinnahmen bei den Netzbetreibern gesorgt. Mehr als 2,3 Milliarden Euro nahmen diese nach eigenen Angaben im letzten Monat ein. „Das EEG erweist sich immer mehr als Fehlkonstruktion und muss abgeschafft werden. Die offene Subventionspolitik geht massiv zu Lasten der Verbraucher. Mittlerweile ist der Strom für Bürger und Unternehmen mit der teuersten in der ganzen EU“, sagt Mario Beger, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Weiter meint er: „Daran ändert auch der energiepolitische Teil des Koalitionsvertrages nichts, der nichts weiter ist als ein links-grünes Gesellschaftsexperiment, von CDU+SPD getragen.“

Es ist zu befürchten, dass die Strompreise weiter steigen werden, denn die GroKo will den Anteil von Wind- und Sonnenenergie von jetzt 35 Prozent auf 65 Prozent erhöhen. Da kann sich jeder Verbraucher ausrechnen, wie sich seine Stromrechnung entwickeln wird. Die sogenannte Energie-wende ist der Totengräber für die Braunkohlenindustrie in der Lausitz, verbunden mit dem Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen, die am Ende der Steuerzahler mit Sozialleistungen ebenfalls teuer bezahlen muss.“



Mario Beger, MdB

## Impressum

Blaue Post Nr. 13  
Februar 2018

## Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 - 493-4222  
E-Mail: [presse@afd-fraktion-sachsen.de](mailto:presse@afd-fraktion-sachsen.de)  
[info@afd-fraktion-sachsen.de](mailto:info@afd-fraktion-sachsen.de)

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß  
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß  
Auflage: 40.000  
Erscheinungsweise: Monatlich

## Fotonachweise

Fraktion: S.1, S.3, S4, S5, S. 6, S. 7

Privat: S. 2 (rechts), S. 6 (oben), S. 6 (unten)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



**AfD-Fraktion im Web:**  
[afd-fraktion-sachsen.de](http://afd-fraktion-sachsen.de)



**AfD-Fraktion bei facebook:**  
[facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen](https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen)



**AfD-Fraktion bei Twitter:**  
[twitter.com/AfD\\_SLT](https://twitter.com/AfD_SLT)



**AfD-Fraktion bei youtube:**  
<http://bit.ly/1L9Tb1f>

## Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: [www.blaue-post.de](http://www.blaue-post.de)

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über [www.afdsachsen.de](http://www.afdsachsen.de). Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

# Druckfrisch aus der Fraktion

**Die AfD-Landtagsfraktion setzt auf mehr demokratische Mitbestimmung: Wir wollen die Aufsichtsgremien von den Hörern und Sehern wählen lassen.**

Der Einfluss der Politik in den Rundfunkgremien muss ein Ende haben. Die gesellschaftlichen Vertreter in den Kontrollgremien sollen durch freie und demokratische Wahlen vom Bürger bestimmt werden.

**Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen können sich analog den Sozialwahlen um Plätze in den Gremien bewerben.**

Eine erneute Klügelbildung in den Gremien muss durch Sperrklauseln und Amtszeitbegrenzungen verhindert werden.

**Unser Konzept: Ein Bürgerrundfunk statt ARD, ZDF und Deutschlandradio.**

Zur Umsetzung der neuen Medienordnung soll der Bürgerrundfunk als neue, wesentlich verschlankte Anstalt des öffentlichen Rechts im Sinne des neuen Auftrags gegründet werden.

Die alten Rundfunkanstalten von ARD und ZDF werden aufgelöst bzw. privatisiert.

Die Mitarbeiter werden betriebsbedingt gekündigt und ihr Rentenniveau wird auf das zulässige Maß reduziert.

Eingegangene Verpflichtungen werden aus dem Kapitalstock und der Verwertung der Urheberrechte bedient.

Die neu gegründete öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt entscheidet selbst über die Finanzierung.

## Wir haben den Mut zur Reform:

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag setzt sich für eine grundlegende Reform der Medienordnung in Deutschland ein.

**Der gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch Zwangsbeiträge finanziert,**

**ist mit einem Jahresbudget von acht Milliarden Euro viel zu teuer**

**und wird in einer Weise von der Politik dominiert, die einer Demokratie unwürdig ist.**

ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen der heutigen Zeit angepasst und zu einem staatsfernen, frei finanzierten, bürgernahen Rundfunk umgestaltet werden.

## Fazit

**Nur die AfD hat den Mut, eine demokratische und zeitgemäße Reform aller Mediensysteme voranzutreiben.**

**Wir sind für einen fairen und gerechten Wettbewerb zwischen allen Medien und Angeboten. (GG Art. 5)**

**Ohne Zwangsgebühren und ohne von Parteien gelenkte Aufsichtsgremien.**

**Niemand darf mehr gezwungen werden für etwas zu zahlen, was er weder nutzt noch bestellt hat. (BGB § 256)**

**Nur das AfD-Konzept garantiert eine demokratische, auf Vielfalt gegründete Grundversorgung und freie Meinungsbildung für alle.**

*Sie können unsere Initiative in der Öffentlichkeit mit diesem Button und Aufklebern sichtbar unterstützen.*



ARD-Fraktion im Web:  
[afd-fraktion-sachsen.de](http://afd-fraktion-sachsen.de)

ARD-Fraktion bei Facebook:  
[facebook.com/ARD.Fraktion](https://www.facebook.com/ARD.Fraktion)

ARD-Fraktion

**Wir kündigen der „Demokratie-Abgabe“ die Freundschaft:**



## Also müssen wir erst einmal an den Fundamenten rütteln, bevor wir in die Röhre schauen.

Ohne freie Medien gibt es keine freie Meinungsbildung und keine Demokratie.

**Das sagt nicht nur die AfD, sondern das Verfassungsgericht. Weshalb gibt es dann einen Zwangsbeitrag nur für die öffentlich-rechtlichen Medienkonzerne? Das fragen wir uns auch.**

Der Grund liegt in der Vergangenheit, als es noch nicht genügend Frequenzen gab. Man musste den Mangel bewirtschaften. Das hat sich aber grundlegend geändert.

Heute haben wir unendlich viele Kanäle für eine Vielfalt von Empfangsgeräten. Die digitale Revolution eröffnet praktisch jedem die Chance, nicht nur Empfänger, sondern auch zum Sender zu werden.

**Also gibt es keinen Grund mehr für ein Sonderrecht, das nur die Staatsmedien privilegiert.**

Im Gegenteil. Es ist höchste Zeit für ein einheitliches, demokratisches Medienrecht nach dem Muster der Pressefreiheit. Das zwingt ja auch niemanden für etwas zu bezahlen, das er nicht bestellt oder verlangt hat.



In diesem Sinne stärken wir mit der Abschaffung des Rundfunkzwangsbeitrags nicht nur die Entscheidungsfreiheit der Bürger, sondern vor allem die Demokratie.

In Zukunft entscheidet jeder Bürger selbst, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und dafür bezahlen will. Dieses Angebot wird künftig nur auf Abruf verschlüsselt bzw. passwortgeschützt zu empfangen sein.

Nur wer das Programm nutzt, soll auch bezahlen.

**Warum setzen sich die AfD-Abgeordneten für eine derartig radikale Reform ein?**

Weil die derzeitige Mittelverschwendung beendet werden muss. ARD, ZDF und Deutschlandradio verschlingen jährlich ein Jahresbudget von ca.

acht Milliarden Euro.

Allein der Beitragsservice kostet jährlich 200 Millionen Euro. Zum Vergleich: Dieser Betrag entspricht dem Jahresetat der gesamten Justiz in Deutschland bzw. dem Haushalt des Saarlands.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk oder seine Nachfolgegesellschaft muss zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gezwungen werden. Das ist im Sinne seiner neuen Aufgabe als schlankem, aber qualitativ hochstehenden Medium durchaus möglich, wenn er sich auf objektive Berichterstattung, Vielfalt in der Kommentierung sowie kulturelle und bildende Inhalte fokussiert.

Derzeit nehmen diese Aufgaben 3sat, tagesschau 24, ARD-alpha, one und phoenix wahr. Ein solches Angebot kostet pro Jahr 500 Millionen Euro und macht damit nur 5% der jährlichen Gesamtkosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus.